



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/293 - 18.12.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Noch immer Millionen ohne Heimat	S. 1
Neue Streikmethoden in Polen	S. 3
Leichen für Stalins Geburtstag	S. 3
Seeborn und die Berliner	S. 4

## Bilanz der zweiten Völkerwanderung

### Erschütternde Studie des grössten Sozialproblems

dg. Sechs Jahre nach Kriegsende beginnen sich langsam Ansätze zu einer europäischen Behandlung des Vertriebenenproblems abzuzeichnen. Auch die UN versucht, die Frage auf ihrer höheren Ebene einer Lösung zuzuführen. An einer langfristigen Planung hat es bisher auf dem Kontinent gefehlt, da sich die staatlichen Stellen, besonders in Deutschland, erst spät einschalteten, während es dem Europarat noch immer an der notwendigen Exekutive mangelt.

Unter Benutzung aller verfügbaren internationalen Erhebungen ist kürzlich versucht worden, das Flüchtlingsproblem in der Zeit seit dem ersten Weltkrieg bis heute international darzustellen (Paul Frings "Das internationale Flüchtlingsproblem" Verlag Frankfurter Hefte). Diese erstmalige Bilanz begrüßt sich mit den Aufzählen von Grausamkeiten, Nöten und Menschenleid, die als nüchterne Zahlen getarnt sind, und macht Vorschläge zur Lösung im Rahmen der internationalen Organisationen. Die Studie kommt zu dem erschütternden Ergebnis, dass in Europa über 50 Millionen Menschen durch den Hitlerkrieg und seine Folgeerscheinungen zeitweilig oder ganz heimatlos geworden sind. Bei einer Gesamtzahl von 520 Millionen Einwohnern in Europa konnte

somit jeder zehnte Europäer im Jahre 1945 zum mindesten als vorübergehender Flüchtling betrachtet werden.

Auf den ersten Blick mag diese Zahl unwahrscheinlich hoch klingen. Sie wird jedoch verständlich, wenn man davon ausgeht, dass sich im Juni 1944 schon allein 9.286.000 Nichtdeutsche - davon 2.45 Millionen Polen und 2.1 Millionen Franzosen! - in Deutschland befanden. Ausserhalb Deutschlands gab es zur gleichen Zeit 3.75 Mill. nichtdeutsche und deutsche Flüchtlinge, so dass sich zum Waffenstillstand 1945 die Zahl der Zwangsverschleppten und Flüchtlinge in Deutschland und in Ländern ausserhalb Deutschlands schon mit 13.5 Millionen Menschen errechnete. Dazu sind rund sieben weitere Millionen hinzuzuzählen, die sich im Juni 1944 ausserhalb der "Achsenländer" befanden, wie etwa die 1.3 Mill. fliegergeschädigten Deutschen, die in von Deutschland besetzte Länder evakuiert worden waren.

Diese erwähnten drei Gruppen ergeben bereits 20.4 Millionen heimatlos gewordene Menschen. In ihrer eigenen Heimat (Deutsche ausgenommen) wurden aber 19.22 Millionen Menschen evakuiert. Innerhalb der deutschen Wehrmacht waren 200.000 Nichtdeutsche (Wlassow-Russen, Slowaken, Norweger, Letten, Holländer, Flamen, Wallonen, Ukrainer, Franzosen und Luxemburger) zusammengefasst, während sich die Gesamtzahl der deutschen Flüchtlinge einschliesslich der Volksdeutschen in Oesterreich im Jahre 1945 auf 10.9 Millionen belief. Die traurige Bilanz ergibt also, dass der Krieg 50.3 Millionen Europäer aus ihrer Heimat verjagt hat.

Inzwischen ist innerhalb der Bundesrepublik manches zur Lösung des Problems getan, aber auch vieles unterlassen worden. Leider will auch der Autor der an sich dankenswerten Studie wissen, dass deutsche Lösungsversuche des Vertriebenenproblems erst dann mit besserem Erfolg durchgeführt werden können, wenn die Souveränität der deutschen Bundesrepublik vollständig hergestellt sein wird. Uns dagegen will scheinen, dass es hier nicht auf Hoheitsrechte, sondern in erster Linie auf das soziale Wollen ankommt, dessen Mangel bei den gegenwärtig in Bonn Verantwortlichen freilich sogar schon so unvoreingenommene Gremien wie etwa die ECA-Sondermission des Mr. Sonne mit der notwendigen Deutlichkeit bescheinigt haben.

+ + +

Für die Redaktionen: Morgen versenden wir einen Artikel von Wenzel Jaksch zu Weihnachten.

### Die Arbeitsplätze blieben leer

-----

O.H. Der durch die Vernachlässigung der Landwirtschaft verursachte empfindliche Lebensmittelmangel in Polen hat in den letzten Wochen zu Erscheinungen geführt, die ein vielsagendes Licht auf die politischen wie auf die Ernährungsverhältnisse in diesem Lande werfen. Die Arbeiter der Textilfabriken in Lodz haben neuerdings zu einer ganz neuartigen Streikmethode gegriffen: In den frühen Morgenstunden stellen sich die Frauen in langen Reihen vor den zumeist verstaatlichten Lebensmittelgeschäften an, um auf die zugeweilten Rationen an Fleisch, Fett und anderen Lebensmitteln zu warten. Obgleich diese nur für einen Bruchteil der Wartenden ausreichen, blieben die Frauen weiter geduldig vor den Geschäften stehen. Die zu Hause wartenden Männer hingegen gingen nicht zur Arbeit, wenn ihre Frauen vom Lebensmitteleinkauf nicht heimkamen. In der Folge blieben die Arbeitsplätze in den Fabriken zum grossen Teil leer.

Die von dieser Aktion überraschte Sicherheitspolizei griff sofort in drakonischer Weise durch: Lastwagen der Polizei und der betreffenden Industriebetriebe fuhren unter Anleitung von Politruks und "Arbeitsaktivisten" von Haus zu Haus und brachten die ausgehungerten Arbeiter gewaltsam in die Fabriken. Widerstrebende wurden festgenommen und ins Gefängnis geworfen. Diese vor etwa drei Wochen in Lodz aufgekommene Streikmethode hat nach wenigen Tagen auch auf das Industriegebiet Oberschlesiens übergegriffen.

Die Streiks wurden erst in den letzten Tagen unterdrückt. Eine in die Industriegebiete von Lodz und Oberschlesien entsandte Untersuchungskommission steht vor der schwierigen Aufgabe, zu berichten, dass Hunger die Ursache der Widerstandsaktion der Arbeiterschaft gewesen ist. Diese in Polen angewandte Streikmethode ist ganz neu, so dass man, wie bisher vom Sitzstreik als von einem "italienischen", jetzt von einem "polnischen" Streik sprechen kann.

+ + +

### Leichen für Väterchen Stalins Geburtstag

-----

Stalins Geburtstag ist in der Sowjetzone wie in allen Satellitenstaaten das Fest des Jahres, und wie jedes grosse Fest ist auch dieser Tag ein Anlass, nun nicht etwa einmal zu feiern, sondern die

Anstrengungen zu verdoppeln. Arbeit, Leistung, Sollerfüllung sind die festlichen Vokabeln zu Ehren des grossen Stalin.

Mit den Geschenken wird es in diesem Jahre nicht ganz so schlimm sein wie im Dezember 1949, als Väterchen Stalin seinen siebzigsten Geburtstag beging und ein ganzer Eisenbahnzug voller Überflüssigkeiten für Stalin und Kostbarkeiten für die Sowjetzonenbewohner gen Osten rollte. Umso nachdrücklicher tauchen wieder die aus vielerlei Anlässen bekannten Parolen der Sollübererfüllung und der Vervielfachung aller bisherigen Anstrengungen auf. Wir wundern uns nicht einmal mehr darüber, dass unter den Leistungsbeflissenen auch Berufe - wie etwa Metallarbeiter - sind, bei denen angesichts der Knappheit der Rohstoffe eine Einschränkung der Leistung manchesmal eher angebracht erschiene als eine weitere Steigerung. Aber das fällt dort drüben im Lande der Schlagworte wohl gar nicht mehr auf.

Nur in Jena gab es vor kurzem einen Vorfall, der die Parole von der Aktivität um jeden Preis etwas greller beleuchtet. Dort verpflichtete sich Horst Treppe, seines Zeichens Leichenträger, dem Zug der Zeit gehorchend, ebenfalls zu einer Verdoppelung seiner Anstrengungen und erklärte, dass er künftig noch mehr Leichen als bisher ins Grabe befördern wolle.

Ein schlechter Witz von typisch westlich-demokratisch-imperialistisch-amerikanischer Gehässigkeit? Keineswegs. Im zuständigen Organ der thüringischen SEP wurde dieses Ereignis gemeldet, und es wurde hinzugefügt, dass eine entsprechende Erhöhung des Leichenkontingents nun doch nicht geplant sei und man in diesem Falle auf die so lebensaktivistische Haltung verzichte.

Womit kann also doch einmal die Leute recht haben, die so gern sagen: "Na, ganz so schlimm ist es drüben ja nun wohl doch nicht".

R.G.

+ + +

Geschichtsfälscher Seebohm

"Es muss einmal klar ausgesprochen werden, dass die Erfolge Berlins Erfolge der Bundesregierung, nicht der führenden Köpfe Berlins sind". (Bundesverkehrsminister Seebohm auf der Tagung der Industrie- und Handelskammer, Keunünster, am Sonnabend, den 15. Dezember 1951).

a-ler. Es tut der geschichtlichen Leistung Berlins und seiner führenden Männer in der Nachkriegszeit keinen Abbruch, wenn sie nun vom Bundesverkehrsminister Seebohm - ausgerechnet Seebohm - zugunsten Bonn's in den Schatten gestellt werden. Der Herr Minister begeht damit - er nahm es mit der Geschichte auch bei anderen Gelegenheiten nie genau - eine glatte Geschichtsfälschung.

Wer hat Berlin zu dem gemacht, als was es heute in der Welt gilt

- als ein Symbol unzerstörbaren Freiheitswillens - die Berliner. Wer hat zu einer Zeit, da die politischen Freunde Seehoßs noch in Brückenbauteorien schwelgten, unbeugsamen Bekennermut bewiesen - die Berliner. Wer hat durch das Beharren auf einem scheinbar verlorenen Posten erst ermöglicht, dass sich Bundesminister in Missbrauch der Freiheiten straflos in Verunglimpfungen ergehen können - die Berliner. Wer musste, als der Kampf um Berlin mit dem Blockadekrieg seinen Höhepunkt erreichte, zur Unterstützung der bedrohten Stadt, der alle Welt zu Hilfe eilte, genötigt werden? War das nicht dieselbe Bundesregierung, der Seehoß angehört? Wer muss ständig in der unwürdigen und unverschuldeten Rolle eines Bettlers an die Bonner Türen klopfen? Ist es nicht der Berliner Finanzsenator? Und schliesslich: Gäbe es überhaupt eine Bundesregierung, wenn die Berliner nicht soviel politisches Rückgrat hätten?

Wir raten Herrn Seehoß, seine Geschichtsfälschung in Berlin anzubringen. Die Antwort darauf dürfte wesentlich für das zu erwartende Dementi sein...

+ + +

### "Politische Häftlinge"

Im folgenden veröffentlichen wir eine Verordnung der sowjetischen Landesregierung Sachsen-Anhalt. Jeder Kommentar erscheint überflüssig.

Landesregierung Sachsen-Anhalt  
Der Ministerpräsident  
Hauptabteilung Justiz

Halle-Saale, den 16. Oktober 1951

Az.: 43 O VI 696/51

R u n d v e r f ü g u n g Nr. C 42/51

An Verteiler IV (10) a-h

Betr.: Gebrauch der Bezeichnung "Politische Häftlinge".

Bezug: Rundverfügung Nr. 125/51 der DDR. Ministerium der Justiz, Berlin vom 5. September 1951 - 4300 - II - 1365/51 -.

Nachstehende Rundverfügung des Ministeriums der Justiz in Berlin geben wir mit der Bitte um Kenntnisnahme und - Beachtung bekannt. Diese Rundverfügung ist nicht nur durch Umlauf bekanntzugeben, sondern in den Arbeitsbesprechungen vorzutragen, zu erläutern und ihre Bekanntgabe nach einiger Zeit zu wiederholen.

In Vertretung: gez. Ortlepp  
Hauptabteilungsleiter.

"Die faschistischen Gewalthaber in Deutschland haben zehntausende aufrechter Antifaschisten in die Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager geworfen. Es genügt, eine andere politische Überzeugung zu haben, den Faschismus abzulehnen, Mitglied oder Funktionär in der Arbeiterbewegung gewesen zu sein, um verfolgt, misshandelt und der Freiheit beraubt zu werden. Für diese Opfer des Faschismus gebrauchen wir die Bezeichnung "Politische Häftlinge".

Heute wird niemand seiner Gesinnung wegen inhaftiert, (Sperrung d. Red.) wer unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung angreift, wer den Aufbau unserer Friedenswirtschaft stört, begeht eine strafbare Handlung und wird seiner verbrecherischen Taten wegen bestraft. Die Strafgefangenen dieser Art sind deshalb auch keine "politischen" Gefangenen, sondern kriminelle Verbrecher. Die Bezeichnung dieser Strafgefangenen als politische Häftlinge wird daher hiermit untersagt. Wenn im Einzelfalle eine nähere Kennzeichnung der Strafgefangenen erforderlich ist, sind konkrete Bezeichnungen zu wählen, wie beispielsweise Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung, nach Befehl 201 usw.

gez. Fechner

Verantwortlich: Peter Raunau